

Protokoll der Tagung der Landesregierung mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern zur Programmierung der EU-Fonds 2007-2013 am 3. August 2006

1) Begrüßung und Einführung

Herr Kreye (Abteilungsleiter II in der Staatskanzlei) begrüßt die Teilnehmer der Veranstaltung, stellt das Podium vor und führt in die Veranstaltung ein.

2) Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung der Programmierung

Herr Dr. Untiedt (GEFRA, Münster) erläutert in seinem Vortrag die wirtschaftliche Ausgangslage Sachsen-Anhalts und stellt die wesentlichen Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung dar (vgl. Anlage 1).

3) Förderstrategie und Eckpunkte des Verteilungsvorschlages des Landes

Herr Staatsminister Robra (Chef der Staatskanzlei) stellt die fonds- und ressortübergreifende Förderstrategie der Landesregierung dar und präsentiert die Eckpunkte des Vorschlags zur Mittelverteilung (vgl. Anlage 2).

4) Die Förderpolitiken der Ressorts

Frau Staatssekretärin Prof. Dr. Diemel (Ministerium für Gesundheit und Soziales) und die Herren Staatssekretäre Dr. Gramlich (Kultusministerium), Dr. Gottschalk (Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr), Schubert (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit) und Dr. Aeikens (Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt) erläutern in Kurzstatements die Eckpunkte der in ihrem Ressort geplanten Maßnahmen, für die eine Kofinanzierung mit EU-Mitteln vorgesehen ist.

5) Diskussion

An der Diskussion, die von Herr Kreye moderiert wurde, beteiligten sich die Wirtschafts- und Sozialpartner angeregt:

Herr Gutmann (Verband der Metall- und Elektroindustrie Sachsen-Anhalt sowie Verband der IT- und Multimediaindustrie) dankt für die Fortführung der Innovationsförderung in der kommenden Förderperiode. Er weist darauf hin, dass die Passage zur Investitions- und Unternehmensfinanzierung sehr allgemein formuliert sei. Er gibt in Bezug auf eine Förderung von Clustern zu bedenken, dass sich im Laufe der Zeit Strukturveränderungen ergeben können. Vor diesem Hintergrund sei es bei der Definition von Schwerpunkten wichtig, Flexibilität zu erhalten, um auf neue Entwicklungen reagieren zu können. Ziel der Wirtschaftspolitik müsse es auch sein, dass die bestehenden Unternehmen wachsen und Großunternehmen beziehungsweise Konzerne in Sachsen-Anhalt entstehen.

Herr Staatssekretär Schubert erläutert, dass Cluster und die Definition von Branchenschwerpunkten insbesondere für die Außendarstellung und die Investorenwerbung notwendig seien. Die Förderung solle nicht auf Branchen, sondern auf Maßnahmen konzentriert werden, bei denen die Effekte am größten sind.

Herr Schumann (Bauernverband Sachsen-Anhalt) begrüßt die Prioritätensetzung der Landesregierung in den Bereichen Bildung, Wachstum und Beschäftigung. Er plädiert dafür, Mittel von der Achse 3 in die Achsen 1 und 2 des ELER umzuschichten und die Modulationsmittel für Investitionen einzusetzen. Auch Maßnahmen im Bereich des Schulbaus und des Baus von Kindertagesstätten seien für die Entwicklung des ländlichen Raumes wichtig. Er fordert den Abbau von Bürokratie, insbesondere bei Existenzgründungen.

Herr Nistriple (Handwerkskammer Halle) gibt zu bedenken, dass eine Umstellung der Förderung von Zuschüssen auf Darlehen dazu führen kann, dass bestimmte Projekte nicht mehr durchgeführt werden. Er schildert, dass im Handwerk die durchschnittliche Unternehmensgröße sinkt, während die Zahl der Unternehmen kontinuierlich steigt. Hierzu trage auch die starke Förderung von Existenzgründungen bei. Die Förderung dürfe nicht dazu führen, dass bestehende Unternehmen in Bedrängnis gebracht werden. Die Förderung von Maßnahmen im Maßregelvollzug aus EU-Mitteln sei aus seiner Sicht fraglich.

Herr Philipps (Evangelische Landeskirche Sachsen-Anhalt) fragt, welche Bedeutung die integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepte (ILEK) im Rahmen der Förderung erhalten sollen. Es seien viele Ideen für den ländlichen Raum formuliert worden. Es stelle sich die Frage nach der Umsetzung.

Frau Dr. Trognitz (Allgemeiner Arbeitgeberverband der Wirtschaft für Sachsen-Anhalt) begrüßt die vorgesehene Förderung des Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Allerdings sei die vorgesehene Summe 7,8 Millionen € zu gering und zu erhöhen.

Frau Kirchner (Stadt Dessau) fragt, ob und wie die Landesregierung eine Bündelung von Maßnahmen zum Stadtumbau (etwa in Analogie zum Programm URBAN II) vornehmen will.

Herr Staatssekretär Dr. Aeikens erläutert, dass in den neun kreisübergreifenden ILEK-Arbeitsgruppen zahlreiche gute neue Ideen entstanden sind. Die sich in Entwicklung befindenden Konzepte geben der Landesregierung wichtige Hinweise für regionale Schwerpunktsetzungen in der Förderpolitik.

Herr Staatsminister Robra führt zum Thema revolving Fonds aus, dass entsprechende Programme derzeit gut in Anspruch genommen werden. Mit Blick auf die Zeit nach 2013 und das Auslaufen von Sonderförderungen sei es notwendig, dass sich die Unternehmen auf geringere Zuschüsse einstellen. Durch Kredite könne der Übergang abgedeckt werden. Das Programm für den Maßregelvollzug sei ein kleines Programm, welches aus dem ESF finanziert wird. Es bietet daher keine Umverteilungsmasse für EFRE- oder ELER-Maßnahmen.

Herr Staatssekretär Dr. Gottschalk unterstreicht, das Programm URBAN II habe in Dessau sehr gut funktioniert. Derartige Prozesse müsse das Land nun allein umsetzen, etwa durch Kombination von Maßnahmen im Bereich Stadtumbau mit Maßnahmen in den Bereichen Kita-, Schul- und Hochschulbau. Ein Verfahren hierzu werde noch entwickelt.

Herr Czogalla (Stadt Magdeburg) dankt für die Veranstaltung und die Möglichkeit einer Diskussion mit den Vertretern der Landesregierung. Er begrüßt die Einbindung in die Beratung über zentrale Zukunftsfragen des Landes. Für viele Kommunen sei es schwierig, den notwendigen Kofinanzierungsanteil aufzubringen. Die Finanzausstattung der Kommunen müsse daher ausreichend im Landeshaushalt berücksichtigt werden.

Frau Berger (Handwerkskammer Magdeburg) begrüßt die Prioritätensetzung in den Bereichen Bildung sowie Wachstum und Entwicklung. Die Fortsetzung der Maßnahmen zur Qualifizierung von Beschäftigten und zur Ausbildungsförderung wird begrüßt. Sie bittet um Beibehaltung der Zuschüsse für Handwerksunternehmen bei der überbetrieblichen Lehrunterweisung und um eine Erhöhung des Finanzierungsanteils des Landes. Hierzu könnten frei werdende Mittel infolge der demografischen Entwicklung genutzt werden. Die verstärkte Einbindung der Hochschulen in die Weiterbildung erfordere eine Abstimmung mit der Wirtschaft. Eingriffe in den freien Weiterbildungsmarkt und Konkurrenz zu privaten Bildungsträgern seien zu vermeiden. Der Ansatz für Projekte zur Vermeidung von Schulverweigerung und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruches sei relativ hoch im Verhältnis zur Lehrerfort- und Weiterbildung und zur Verbesserung der vorschulischen Bildung durch Qualifizierung des Betreuungspersonals. Es sollten Projekte zur integrierten Berufsorientierung während des allgemeinbildenden Schulbesuchs berücksichtigt werden. Kleine Unternehmen seien auf Zu-

schüsse für Investitionen angewiesen, Darlehensprogramme würden vom Handwerk nur zögerlich angenommen. Auch sind die bürokratischen Hürden nach wie vor hoch. Ein wachsender Förderbedarf wird infolge der steigenden Anzahl von Unternehmensübertragungen gesehen, was entsprechende Finanzinstrumente für den Erwerb von Unternehmen erforderlich mache. Das Anliegen der Kammern hinsichtlich der Berücksichtigung von Maßnahmen zur Markterschiebung bzw. zur Internationalisierung der Unternehmen sei unzureichend berücksichtigt.

Herr Hoffmann (Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt) begrüßt, dass die Bauwirtschaft durch die Umsetzung der Programme erheblich gefördert wird. Er bittet die Landesregierung, ein Vergabegesetz zu schaffen oder die Vergaberichtlinien bzw. -kriterien so auszugestalten, dass bestimmte soziale Standards bei der Auftragsvergabe eingehalten werden.

Frau Lisch (LIGA der Freien Wohlfahrtsverbände) vermisst im ESF integrative Ansätze nach Artikel 8 der ESF-Verordnung. Sie findet die Fragen des demographischen Wandels (wachsender Anteil älterer Menschen) unzureichend berücksichtigt und fordert entsprechende Ergänzungen im Bereich der sozialen Infrastruktur.

Herr Staatsminister Robra führt aus, dass die Kofinanzierung zukünftig auf Schwerpunktebene erfolgt, so dass die Kofinanzierungssätze für die einzelne Maßnahme nicht notwendiger Weise bei 25% liegen. Außerdem werde es auch weiterhin Bundes- und Landesprogramme geben. Zudem habe auch die Landesregierung ein hohes Interesse daran, die Kofinanzierung so auszugestalten, dass die Mittel durch die Kommunen gebunden werden können.

Frau Staatssekretärin Prof. Dr. Diemel führt aus, dass auch in den Alten- und Behinderteneinrichtungen zum Teil noch Investitionsbedarf besteht. Gleichwohl sei hier bereits viel erreicht worden, so dass dieser Bereich zwar weiter gefördert werde, aber kein Schwerpunktbereich sei. Vergleichsweise große Investitionsrückstände erfordern im Bereich der Kindertagesstätten einen Schwerpunkt zu setzen. Der demographische Wandel wird vor allem bei der Anpassung der Infrastruktur berücksichtigt, beispielsweise bei der Erreichbarkeit der ärztlichen Versorgung in den ländlichen Räumen. Bei den geplanten Maßnahmen zur Senkung der Schulabbrecherquote sei zu berücksichtigen, dass sie auch zur Vermeidung hoher Folgekosten für Land und Kommunen beitragen.

Frau Gebhardt (Kulturstiftung Dessau) findet den Bereich der Kultur in den Programmen unzureichend berücksichtigt und fordert eine bessere Mittelausstattung.

Herr Weiß (IWH Halle) konstatiert Kürzungen im Bereich des Stadtumbaus. Er fragt nach den Strategien des Landes im Bereich der städtischen Dimension und danach, wie das Land auf ein Auslaufen von Bundesprogrammen reagieren wird.

Herr Staatssekretär Dr. Gramlich weist darauf hin, dass die Förderung des Kulturbereichs nicht nur durch EU-Mittel erfolgt, sondern darüber hinaus auch Landes- und Bundesmittel zum Einsatz kommen.

Herr Staatssekretär Dr. Gottschalk führt aus, dass es im Bereich Städtebau/Stadtumbau natürlich denkbar sei, mehr Mittel einzusetzen. Die nunmehr vorgesehene Ausstattung mit EU-Mitteln sei jedoch im Ländervergleich gut. Man müsse respektieren, dass das verfügbare Budget begrenzt ist. Eine Chance für die „Städtische Dimension“ ergebe sich durch die bessere Vernetzung verschiedener Förderbereiche.

Zum Abschluss der Diskussion dankt Herr Staatsminister Robra allen Beteiligten für ihre Teilnahme an der Veranstaltung und für die angeregte Diskussion.

(Für das Protokoll: Dr. Rosner)